

INHALT

-
- | | |
|--|--|
| <p>5. <i>Neustrukturierung des Betreuungsdienstes der Wildbach- und Lawinenverbauung</i></p> <p>6. <i>Tiroler Jugendoffensive 2008–2011</i></p> <p>7. <i>Informationsweiterverwendung im Land Tirol</i></p> <p>8. <i>Wasserleitungsfonds</i></p> | <p>9. <i>Übersicht über die Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2007</i></p> <p>10. <i>Information betreffend die Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen</i></p> <p><i>Verbraucherpreisindex für Dezember 2007 (vorläufiges Ergebnis)</i></p> |
|--|--|
-

5.

Neustrukturierung des Betreuungsdienstes der Wildbach- und Lawinenverbauung

Seit Jahren arbeitet der Forsttechnische Dienst der Wildbach- und Lawinenverbauung mit den Gemeinden eng im Bereich Schutz vor Naturgefahren zur beiderseitigen Zufriedenheit zusammen. Der Forsttechnische Dienst will diese Zusammenarbeit weiterführen und in beiderseitigem Interesse auch auf eine rechtlich einwandfreie Basis stellen. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, den so genannten „Betreuungsdienst“ der Wildbach- und Lawinenverbauung ab dem Jahr 2008 neu zu strukturieren.

Die gesetzliche Grundlage des Betreuungsdienstes ist der § 28 (Instandhaltung der Gewässer sowie Betrieb von Hochwasserrückhalteanlagen) des Wasserbautenförderungsgesetzes (WBFG), BGBl. Nr. 148/1985, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 82/2003. Gemäß § 28 Abs. 2 sind als Instandhaltungsmaßnahmen anzusehen:

1. Die Instandhaltung von Anlagen die dem Hochwasserrückhalt dienen, sowie von Schutz- und Regulierungsbauten soweit sie unter Zuwendung öffentlicher Mittel ausgeführt wurden.
2. Die Freihaltung der Gewässer von abflusshemmendem Bewuchs, absturzgefährdeten Bäumen und die Räumung von Ablagerungen, die ohne künstliche Beeinflussung des Gewässers verursacht werden.
3. Die Behebung kleinerer Uferanbrüche und die Sicherung gefährdeter Uferstellen.

Im § 28 Abs. 4 ist geregelt, dass die Instandhaltung sowie Betriebsverpflichtungen, die aufgrund öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Titel bestehen, durch Abs. 1 nicht berührt werden, doch können auch bei Bestand solcher besonderer Verpflichtungstitel in berücksichtigungswürdigen Fällen die im Abs. 1 erwähnten Beiträge aus Bundesmitteln dann gewährt werden, wenn die Kosten der erforderlichen Instandhaltungs- sowie Betriebsmaßnahmen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Verpflichteten übersteigen, wenn die Verpflichteten in den Betreuungsdienst der Länder oder der Wildbach- und Lawinenverbauung aufgenommen werden oder wenn sie einem Wasserverband oder einer Wassergenossenschaft nach Bestimmungen des Wasserrechtsgesetzes 1959 zur Instandhaltung der Gewässer sowie des Betriebes von Hochwasserrückhalteanlagen angehören.

Die Inanspruchnahme des Betreuungsdienstes durch die Gemeinden hat immer wieder zu beiderseitiger Unsicherheit geführt. Es ist nirgendwo wirklich geregelt, welche Rechte und Pflichten die Mitgliedschaft beim Betreuungsdienst beinhaltet. Vielfach vertreten die Gemeinden die Ansicht, dass damit auch die Begehung und Kontrolle der Verbauungen von der Wildbachverbauung getätigt werden bzw. dass kleinere Reparaturen an Schutzbauwerken, welche von der WLW errichtet wurden, automatisch auch von dieser durchgeführt werden. Im Zuge der Kollaudierungen der Maßnahmen der WLW

wird aber immer wieder darauf hingewiesen, dass kleinere Reparaturmaßnahmen an Schutzbauten durch den Betreuungsdienst durchgeführt werden, die rechtliche Verpflichtung der Instandhaltung jedoch gemäß den vorliegenden Wasserrechtsbescheiden bei den Konsenswerbern (Gemeinden) liegt. Um diesen Unsicherheiten vorzubeugen und eine klare Rechtsstruktur herzustellen bzw. klare Verantwortungen sicherzustellen, wird ab dem Jahr 2008 folgende Vorgangsweise getroffen werden:

1. Das „Versicherungsprinzip“, nach welchem die Gemeinden in einen Betreuungstopf einzahlen und dafür keine klar definierte Leistung bekommen, wird aufgehoben. Somit werden ab dem Jahr 2008 keine Betreuungsdienstbeiträge seitens der WLW eingehoben werden.

2. Es werden nur von jenen Interessenten (Gemeinden) Betreuungsdienstbeiträge eingehoben, wo tatsächlich Sanierungs- und Betreuungsmaßnahmen durchgeführt werden. Alle zu tätigenen Maßnahmen erfolgen allerdings nur nach Antrag der Gemeinde. Nach einem Antrag wird der jeweilige Gebietsbauleiter vor Ort zu beurteilen haben, ob die durchzuführende Maßnahme im Rahmen des Betreuungsdienstes getätigt werden kann oder nicht. Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt generell nach § 28 Abs. 1 des Wasserbautenförderungsgesetzes zu je einem Drittel (Bund 33 1/3, Land 33 1/3, Interessenten 33 1/3).

3. Qualitätskontrollen sind wie auch bisher von den Gemeinden im Rahmen ihrer jährlichen forstgesetz-

lichen Begehungen bzw. ihres gesetzlichen Auftrages der Instandhaltung der Funktionsfähigkeit der Anlagen gemäß Wasserrechtsgesetz durchzuführen. In diesem Zusammenhang wird auf das Wildbachbetreuungskonzept verwiesen, welches gemeinsam mit dem Landesforstdienst und dem Tiroler Gemeindeverband ausgearbeitet wurde und welches ab dem Jahr 2008 zur Anwendung gelangen soll.

4. Für so genannte Schlüsselbauwerke nach ONR 24803, das sind Werke deren Versagen eine unmittelbare und schwerwiegende Wirkung für den unterliegenden Siedlungsraum haben kann, können mit der jeweiligen Gebietsbauleitung Inspektionsvereinbarungen abgeschlossen werden. Dies gilt insbesondere für Auslaufwerke von Geschiebeablagerungsbecken, welche unmittelbar oberhalb von Siedlungsbereichen situiert sind oder auch für Lawinen- und Steinschlagverbauungen. Die jeweilige Gebietsbauleitung wird nach Antrag durch die Gemeinde die Inspektionsvereinbarung abschließen und der dadurch anfallende Aufwand wird im Rahmen des Betreuungsdienstes (Drittelfinanzierung) mit den Gemeinden abgerechnet werden.

Die Wildbach- und Lawinenverbauung hofft, mit dieser Vorgangsweise die Interessen der Gemeinden im Schutz vor Naturgefahren weiterhin in optimaler Weise und unter rechtlich klaren Voraussetzungen vertreten zu können.

Wildbach- und Lawinenverbauung, Sektion Tirol,
vom 16. Jänner 2008

6.

Tiroler Jugendoffensive 2008–2011

Infoveranstaltung am 28. März um 14 Uhr am Grillhof

Die herzliche Einladung zu dieser Infoveranstaltung ergeht an alle BürgermeisterInnen bzw. Gemeinderäte/-rätinnen, die im Rahmen der Tiroler Jugendoffensive Bildungsschwerpunkte für Jugendverantwortliche in der Gemeinde setzen wollen.

Im März startet Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Zanon die Tiroler Jugendoffensive. Ziel des großangelegten Projekts ist die Förderung der pädagogischen Kompetenz und Vernetzung von Menschen, die auf Gemeindeebene außerschulische Jugendarbeit durchführen. Konkret sind dies Jugendbeauftragte der Gemeinden und MitarbeiterInnen aus ver-

bandlichen, traditionellen und kulturellen Jugendverbänden, der Sportvereine und der offenen Jugendarbeit.

Im Rahmen der Aktion haben Gemeinden die Möglichkeit, aus einem Paket von 13 Modulen drei bis fünf für sie besonders relevante Themen auszuwählen. Die gebuchten Module werden zu vereinbarten Abendterminen vor Ort von fachkundigen Referenten/Referentinnen abgehalten für Verantwortliche der Jugendarbeit in der Gemeinde. Das Angebot ist für die Gemeinden und TeilnehmerInnen kostenlos. Ab drei besuchten Modulen wird die erfolgte Teilnahme durch eine Urkunde zertifiziert.

Hintergrund des Projekts ist ein Beschluss des Tiroler Landtages, mit dem Ziel präventive Bildungsmaßnahmen zu setzen in den Bereichen Jugend und Gewalt, Suchtprävention, Jugendverschuldung oder Jugendschutz.

Umgesetzt wird die Tiroler Jugendoffensive von der für Jugendarbeit zuständigen Landhauptmann-Stellvertreterin Dr.ⁱⁿ Elisabeth Zanon mit ihrem Team vom Jugendreferat in Kooperation mit der Jugendwohlfahrt, der Erziehungsberatung, der Kinder- und Jugendanwaltschaft und der Suchtpräventionsstelle Kontakt+Co.

Am 28. März 2008 um 14 Uhr findet im Grillhof in Vill der Auftakt der Tiroler Jugendoffensive statt. Die ca. zweieinhalbstündige Veranstaltung dient der Vorstellung und Bewerbung des Projekts und bietet Raum, allfällige Fragen über den Modus der Anmeldung, Wahl und Inhalte der Module an die verantwortlichen Organisatoren/Organisatorinnen zu klären. Als besonderes Highlight wird der Jugendexperte und Buchautor Dr. Allan Guggenbühl aus der Schweiz zum Thema referieren.

Nähere Informationen sind beim Sekretariat des Jugendreferats unter der Tel.-Nr. 0512/508-3586 erhältlich.

7.

Informationsweiterverwendung im Land Tirol

Allgemeines:

In Erfüllung ihrer öffentlichen Aufträge und Aufgaben erstellt die Verwaltung laufend Dokumente aus den verschiedensten Gebieten wie Geografie, Geologie, Umwelt, Wetter, Technik, Tourismus, Wirtschaft, Soziales, Gesundheit, Verkehr und Bildung. Der Sammelbegriff „Dokument“ umfasst Inhalte jeder Art, unabhängig von der Form des Datenträgers. Es spielt daher keine Rolle, ob es sich um Informationen auf Papier (Publikationen, Aufzeichnungen, etc.), um Daten in elektronischer Form (Online-Inhalte, Datenbanken, etc.) oder um Ton, Bild- oder audiovisuelles Material handelt.

Mit der PSI-Richtlinie („Public Sector Information“) verfolgt die EU das Ziel, die Weiterverwendung von Dokumenten des öffentlichen Sektors zu erleichtern, um dadurch die Erstellung neuer Informationsprodukte und -dienste zu fördern. In Österreich wurde die PSI-Richtlinie durch ein Bundesgesetz und neun Landesgesetze umgesetzt, das Tiroler Informationsweiterverwendungsgesetz (TIWG), LGBL Nr. 4/2007, ist am 24. Jänner 2007 in Kraft getreten.

Dokumente werden dann „weiterverwendet“, wenn die Wirtschaft oder die Bürgerinnen und Bürger sie zu einem Zweck verwenden wollen, der sich von ihrem öffentlichen Erstellungszweck unterscheidet.

Beispiel: Indem die Tiroler Landesverwaltung den Bürgerinnen und Bürgern bestimmte geografische Dienste des tiris-Tiroler Raumordnungssystems auf der Homepage des Landes Tirol zum persönlichen Gebrauch zur Verfügung stellt (vgl. <http://tiris.tirol.gv.at/web/index.cfm>), fördert sie die Entwicklung des Landes Tirols hin zur Wis-

sens- und Informationsgesellschaft (öffentlicher Erstellungszweck). Demgegenüber verfolgt ein Unternehmen, das solche Inhalte für die Entwicklung eines globalen Positionierungssystems (GPS) weiterverwenden will, ausschließlich kommerzielle Interessen (Änderung des ursprünglichen Erstellungszweckes) und muss beim Land Tirol einen Antrag auf Bereitstellung der Dokumente für den beabsichtigten Weiterverwendungszweck stellen.

Der Wirtschaft sind im Hinblick auf die sinnvolle Weiterverarbeitung von digitalen Informationen aus dem öffentlichen Sektor praktisch keine Grenzen gesetzt, es ist daher davon auszugehen, dass auch die Gemeinden und Gemeindeverbände über Dokumente von potentiell Interesse – etwa im kommunalen Umwelt- und Gesundheitsbereich – verfügen und sich daher gegebenenfalls mit dem Informationsweiterverwendungsrecht auseinandersetzen müssen.

Grundlagen und Verfahren:

Das TIWG gilt insbesondere für die öffentlichen Stellen „Land Tirol“, „Gemeinden“ und „Gemeindeverbände“ sowie „Körperschaften öffentlichen Rechts, die durch Landesgesetz oder aufgrund eines Landesgesetzes eingerichtet sind“ (Tiroler Tourismusverbände, Tiroler Jägerverband, Tiroler Fischereiverband, Tiroler Bergwacht, Landwirtschaftskammer, Landarbeiterkammer usw.). Inhaltlich regelt das TIWG den rechtlichen Rahmen für die Weiterverwendung von Dokumenten, die sich im Besitz dieser öffentlichen Stellen befinden.

Öffentliche Stellen sind nicht verpflichtet ihre Dokumente für die Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen, wenn sie sich dafür entscheiden, regelt das

TIWG die Rahmenbedingungen (Gebot der Nichtdiskriminierung, Verfahren, Entgelte, Bedingungen, etc.), unter denen die Weiterverwendung erfolgt. Ähnlich wie bei der Erteilung einer Lizenz wird dem Antragsteller bei der Bereitstellung von Dokumenten zur Weiterverwendung ein genau umschriebenes Nutzungsrecht eingeräumt, das Eigentum und das Urheberrecht an den Dokumenten bleiben davon unberührt.

Das Informationsweiterverwendungsrecht regelt nur die Weiterverwendung von Dokumenten durch private Rechtsträger (Unternehmen, Privatpersonen, etc.), der Austausch von Dokumenten innerhalb des öffentlichen Sektors (etwa zwischen zwei Gemeinden oder einer Gemeinde und dem Land Tirol) ist daher grundsätzlich keine Informationsweiterverwendung und kann – so wie bisher – frei geregelt werden.

Bestimmte Dokumente dürfen von den öffentlichen Stellen nicht zur Weiterverwendung bereit gestellt werden, so vor allem Inhalte, die vom Grundrecht auf Datenschutz oder von der Amtsverschwiegenheit erfasst sind, oder die geistiges Eigentum Dritter (d. h. urheberrechtlich geschützt) oder Gegenstand gewerblicher Schutzrechte Dritter (z. B. Patent- und Markenrechte) sind.

Wird bei der öffentlichen Stelle ein Antrag auf Bereitstellung von Dokumenten zur Weiterverwendung eingebracht, hat sie ihn längstens binnen vier Wochen (ausnahmsweise binnen acht Wochen) zu erledigen, indem sie entweder

a) dem Antragsteller ein endgültiges Vertragsangebot unterbreitet, in dem die wesentlichen Belange der Weiterverwendung (Vertragsdauer, Vertragsauflösung, Quellenangabe, Entgelt, Haftung, Liefer-, Zahlungs- und Kündigungsfristen, etc.) geregelt sind, oder

b) den Antrag (teilweise oder zur Gänze) durch formlose Mitteilung und unter Angabe der Gründe ablehnt (z. B. weil die Dokumente geistiges Eigentum Dritter sind) oder

c) dem Antrag ohne Abschluss eines schriftlichen Vertrages entspricht, weil die Bereitstellung (bei Standard- und Bagatellfällen) ohne weiteres durch Bezahlung des Entgelts („Zug-um-Zug“) abgewickelt werden kann, wobei die öffentlichen Stellen aber auch in diesem Fall zumindest Allgemeine Geschäftsbedingungen (Haftungsausschluss, etc.) formulieren sollten.

Durchführung und Praxis:

In Durchführung des TIWG haben die öffentlichen Stellen eine Reihe von Vorkehrungen und Maßnahmen

zu treffen, die die Weiterverwendung von Dokumenten für die Wirtschaft erleichtern sollen, so haben sie zunächst durch Richtlinien Standardbedingungen und Standardentgelte festzulegen, sofern sie Dokumente nur unter bestimmten Bedingungen zur Weiterverwendung bereitstellen und Entgelte für die Bereitstellung einheben. Weiters haben sie Listen und Verzeichnisse über die wichtigsten in ihrem Besitz befindlichen Dokumente, die einer Weiterverwendung zugänglich sind, zu führen sowie Auskunftspersonen oder Informationsstellen zu benennen und schließlich alle diese Informationen in geeigneter Weise – z. B. im Internet auf ihrer Homepage – zu veröffentlichen.

Die Pflicht zur Durchführung dieser Maßnahmen wird zunächst jene Gemeinden und Gemeindeverbände treffen, die entschieden haben, alle oder zumindest bestimmte ihrer Dokumente zur Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen, was grundsätzlich nur beim Land Tirol und den größeren Stadtgemeinden und Gemeindeverbänden der Fall sein dürfte. Sollte eine kleinere Gemeinde daher nicht beabsichtigen, Dokumente zur Weiterverwendung zur Verfügung zu stellen, insbesondere weil sie der Auffassung ist über keine für die Wirtschaft relevanten Dokumente zu verfügen, und künftig dennoch ein Antrag an sie gerichtet werden, dem sie dann entsprechen will, so wird in Bezug auf das Vorliegen der beschriebenen Durchführungsmaßnahmen kein strenger Maßstab anzulegen sein.

Bei öffentlichen Stellen wie dem Land Tirol oder größeren Stadtgemeinden und Gemeindeverbänden war die Überlassung von Dokumenten an Private auf Basis von zivilrechtlichen Verträgen (Datenaustauschverträgen, etc.) bereits geübte und bewährte Praxis. Im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung hat bislang eine relative Vertragsfreiheit gegolten, nach der die öffentlichen Stellen grundsätzlich frei entscheiden konnten, welchen Interessierten bzw. Unternehmen zu welchen Konditionen welche Daten zu welchen Verwendungszwecken überlassen werden. Seit dem In-Kraft-Treten des TIWG ist diese Vertragsfreiheit deutlich eingeschränkt und die Weiterverwendung von Dokumenten verwaltungsrechtlichen Rahmenbedingungen unterworfen. Bedacht zu nehmen ist insbesondere auf das Gebot der Nichtdiskriminierung, nach dem die Antragsteller, die dieselben Dokumente begehren, grundsätzlich gleich zu behandeln sind. Hinsichtlich des zeitlichen Geltungsbereiches gilt, dass das TIWG nur auf jene Sachverhalte anzuwenden ist, die sich seit seinem In-Kraft-Treten (24. Jänner 2007) ereignet haben bzw. ereignen werden.

Verträge, die vor seinem In-Kraft-Treten abgeschlossen wurden, bleiben unberührt, wobei nicht übersehen werden darf, dass bestehende Verträge in der Regel befristet sind und das TIWG dann möglicherweise auf ihre künftige Verlängerung oder ihren Neuabschluss anzuwenden sein wird.

Näheres zur Informationsweiterverwendung und zu den TIWG-Durchführungsmaßnahmen (Richtlinien, Verzeichnisse, Ansprechpartner, etc.) finden Sie im Internet auf der Homepage des Landes Tirol unter

<http://www.tirol.gv.at/organisation/verwaltungsentwicklung/informationsweiterverwendung/>

8.

Wasserleitungsfonds

Der so genannte Wasserleitungsfonds, der vom Landeskulturfonds bankmäßig verwaltet wird, ist ein zweckgebundener Teil des zweckgebundenen Vermögens „Gemeindeausgleichsfonds“ im Sinn des Gesetzes vom 13. November 1951 über die Bildung eines Gemeindeausgleichsfonds. Die Genehmigung der Wasserleitungsfondsdarlehen erfolgt durch die für die Verwaltung des Gemeindeausgleichsfonds zuständige Abteilung Gemeindeangelegenheiten. Alle weiteren Maßnahmen der bankmäßigen Abwicklung trifft in der Folge der Landeskulturfonds.

Um den Gemeinden und Gemeindeverbänden die Finanzierung von Wasserleitungs- und Kanalbauten zu erleichtern, wurde im Jahr 1958 der Wasserleitungsfonds eingerichtet. Seit 1978 besteht auch die Möglichkeit, dass der Einbau von Wasserzählern gefördert wird. Die Abwicklung der Darlehen erfolgt über den Landeskulturfonds. Die Darlehen sind in erster Linie für die finanzschwachen Gemeinden als Ersatz für die fehlenden Eigenmittel zur Ausfinanzierung der Vorhaben gedacht. Die Rückzahlungsraten sollten durch die laufenden Gebühren aufgebracht werden können.

Die Darlehenshöhe beträgt grundsätzlich 50 % der angefallenen Baukosten, ist aber pro Bauvorhaben und Jahr mit maximal € 50.000,- begrenzt. Beim Einbau von Wasserzählern können die vollen Kosten, höchstens jedoch € 180,- pro Anschluss, gefördert werden. Der Zinssatz beträgt derzeit 3,5 % p. a., die Laufzeit kann bis zu zehn Jahre betragen. Die Höchstförderung ist an die Einhaltung der Mindestgebühr gebunden, ansonsten erfolgt ein prozentueller Abschlag.

Da die Abwasserbeseitigung und die Sicherung der Wasserversorgung den bedeutendsten Schwerpunkt in der Investitionstätigkeit der Gemeinden bilden, ist die Nach-

frage nach diesen zinsgünstigen Darlehen unverändert hoch.

Zur Aufrechterhaltung der Liquidität wurde mit Regierungsbeschluss vom 15. August 2007 die Abteilung Gemeindeangelegenheiten ermächtigt, eine zeitlich begrenzte Zuführung von Mitteln aus dem Gemeindeausgleichsfonds an den Wasserleitungsfonds in der Höhe von höchstens € 1.500.000,- vorzunehmen. Mit 4. Oktober 2007 ist diesbezüglich eine Zuführung in der Höhe von € 1.500.000,- erfolgt. Die Rückzahlung dieser Mittel (Vorschuss) erfolgte am 11. Dezember 2007.

Übersicht über die Darlehensgewährungen bzw, Darlehensauszahlungen:

| Jahr | Anzahl | Betrag in Euro |
|------|--------|----------------|
| 1994 | 144 | 4.850.400 |
| 1995 | 195 | 6.555.235 |
| 1996 | 168 | 5.608.820 |
| 1997 | 139 | 4.480.935 |
| 1998 | 159 | 4.992.590 |
| 1999 | 97 | 3.104.200 |
| 2000 | 124 | 4.190.260 |
| 2001 | 107 | 3.598.125 |
| 2002 | 89 | 3.131.800 |
| 2003 | 107 | 4.000.880 |
| 2004 | 116 | 4.740.435 |
| 2005 | 102 | 4.404.010 |
| 2006 | 91 | 4.091.500 |
| 2007 | 111 | 4.664.711 |

Ab dem Jahr 2006 sind ausschließlich vom LKF ausbezahlte Darlehen ausgewiesen !

9. Übersicht über die Darlehen, Haftungsübernahmen und Leasingverträge der Gemeinden und Gemeindeverbände Tirols 2006

Darlehen nach Zweckbestimmung

| | 2006 | | 103.123.791 | | 2007 | | 95.116.790 | |
|---|--------|--------------------|-------------------------|----------------|--------|-------------------|-------------------------|----------------|
| Gemeinden ohne Innsbruck Stadt | in EUR | | in % der Darlehenssumme | | in EUR | | in % der Darlehenssumme | |
| 1. Hoheitsverwaltung | | | | | | | | |
| 1.1 Schulen | | 2.601.000 | | 2,52% | | 5.539.700 | | 5,82% |
| 1.2 Kindergärten | | 0 | | 0,00% | | 740.000 | | 0,78% |
| 1.3 Wasserleitungsbauten | | | | | | | | |
| Wasserversorgung (UWWF) | | 479.641 | | 0,47% | | 0 | | 0,00% |
| Wasserversorgung (WLF) | | 2.007.500 | | 1,95% | | 2.457.200 | | 2,58% |
| Wasserversorgung (Bank) | | 3.365.000 | 5.852.141 | 3,26% | 5,67% | 2.436.400 | 4.893.600 | 2,56% |
| | | | | | | | | 5,14% |
| 1.4 Kanalbauten | | | | | | | | |
| Abwasserentsorgung (UWWF) | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Abwasserentsorgung (WLF) | | 2.287.200 | | 2,22% | | 2.052.511 | | 2,16% |
| Abwasserentsorgung (Bank) | | 20.856.737 | 23.143.937 | 20,22% | 22,44% | 14.223.000 | 16.275.511 | 14,95% |
| | | | | | | | | 17,11% |
| 1.5 Wohnbau, Altersheime | | | | | | | | |
| Wohnbau, Altersheime (Wbf) | | 17.415.501 | | 16,89% | | 10.803.000 | | 11,36% |
| Wohnbau, Altersheime (Bank) | | 14.085.695 | 31.501.196 | 13,66% | 30,55% | 4.573.800 | 15.376.800 | 4,81% |
| | | | | | | | | 16,17% |
| 1.6 Sportanlagen | | | | | | | | |
| | | 2.392.834 | | 2,32% | | 5.635.000 | | 5,92% |
| 1.7 Friedhöfe | | | | | | | | |
| | | 0 | | 0,00% | | 150.000 | | 0,16% |
| 1.8 Strassen, Wege, Brücken | | | | | | | | |
| | | 5.115.000 | | 4,96% | | 4.253.500 | | 4,47% |
| 1.9 Abfallbeseitigung | | | | | | | | |
| | | 700.000 | | 0,68% | | 1.145.000 | | 1,20% |
| 1.10 Feuerwehrwesen | | | | | | | | |
| Feuerwehr (TILAND) | | 0 | | 0,00% | | 150.000 | 0 | 0,16% |
| Feuerwehr (Bank) | | 330.000 | 330.000 | 0,32% | 0,32% | 591.000 | 741.000 | 0,62% |
| | | | | | | | | 0,78% |
| 1.11 Umschuldung, Kontokorrent, Haushaltsausgleich | | | | | | | | |
| | | 3.860.590 | | 3,74% | | 900.000 | | 0,95% |
| | | 4.404.346 | | 4,27% | | 14.956.345 | | 15,72% |
| 1.12 Bezirkskrankenhäuser | | | | | | | | |
| | | 0 | | 0,00% | | 3.669.000 | | 3,86% |
| 1.13 Sonstiges | | | | | | | | |
| Gemeinde- und Mehrzweckhäuser | | 3.639.467 | | 3,53% | | 10.120.000 | | 10,64% |
| Grundkäufe | | 6.396.173 | | 6,20% | | 6.015.334 | | 6,32% |
| Beteiligungen | | 4.805.000 | | 4,66% | | 1.720.000 | | 1,81% |
| Musikschulen | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Weitergabe an Firmen | | 0 | | 0,00% | | 1.270.000 | | 1,34% |
| Hochwasserschäden | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Touristische Infrastruktur | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Contracting | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Sonstige Zwecke | | 8.382.108 | 23.222.748 | 8,13% | 22,52% | 1.716.000 | 20.841.334 | 1,80% |
| | | | | | | | | 21,91% |
| Summe Hoheitsverwaltung | | 103.123.791 | | 100,00% | | 95.116.790 | | 100,00% |
| 2. Erwerbswirtschaftliche Unternehmen | | | | | | | | |
| | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Summe Gemeinden ohne Stadt Innsbruck | | 103.123.791 | | 100,00% | | 95.116.790 | | 100,00% |
| Innsbruck - Stadt | | | | | | | | |
| a.o. Vorhaben Stadtgde. Innsbruck | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Umschuldung Stadtgde. Innsbruck | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Summe Innsbruck - Stadt | | 0 | | 0,00% | | 0 | | 0,00% |
| Darlehensaufnahmen Summe Tirol | | 103.123.791 | | 100,00% | | 95.116.790 | | 100,00% |

Haftungsübernahmen

| Aufschlüsselung der Haftungsübernahmen | 2006 | 2007 |
|---|-------------------|-------------------|
| Seilbahnen und Lifte | 1.422.423 | 399.700 |
| Bäder und Sportanlagen | 5.389.336 | 4.500.000 |
| Wasserleitungs- und Kanalbauten | 3.105.200 | 200.000 |
| Stadt- / Gemeindewerke | 0 | 0 |
| Immobilien | 0 | 0 |
| Sonstige Zwecke | 12.700.000 | 29.128.500 |
| Summe Gemeinden (ohne Innsbruck-Stadt) | 22.616.959 | 34.228.200 |
| Innsbruck-Stadt | 24.240.000 | 21.982.300 |
| Haftungsübernahmen Summe Tirol | 46.856.959 | 56.210.500 |

Leasingverträge

| | 2006 | 2007 |
|--------------------------------------|-------------------|------------------|
| Feuerwehrwesen | 2.800.000 | 2.500.000 |
| Schulen | 4.096.146 | 2.105.000 |
| Musikschulen | 0 | 0 |
| Kindergärten | 0 | 0 |
| Gemeinde- und Mehrzweckhäuser | 2.078.740 | 700.000 |
| Bäder- und Sportanlagen | 0 | 0 |
| Altenheime | 0 | 0 |
| Sonstige Zwecke | 1.200.000 | 3.967.136 |
| Leasingsumme Gemeinden Tirols | 10.174.886 | 9.272.136 |

10.

Information betreffend die Untersuchungspflicht für Trinkwasserversorgungsanlagen

Die Trinkwasserverordnung (TWV), BGBl. II Nr. 304/2001, in der Fassung BGBl. II Nr. 121/2007 sieht vor, dass der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage Untersuchungen des Trinkwassers gemäß dem Untersuchungsumfang und den Untersuchungshäufigkeiten nach Anhang II der genannten Verordnung von einem Untersuchungsberechtigten durchführen zu lassen hat. Jede Trinkwasserversorgungsanlage ist zumindest einmal im Jahr zu überprüfen.

Als Betreiber von Trinkwasserversorgungsanlagen werden die Gemeinden daran erinnert, die hierfür erforderliche Auftragsvergabe für das Jahr 2008 an einen Untersuchungsberechtigten nach den §§ 65 oder 73 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) rechtzeitig zu veranlassen.

Die aktuelle Liste der zur Trinkwasseruntersuchung befugten Stellen und Personen ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend abrufbar (www.bmgfj.gv.at – Link „Lebensmittel“ bzw. „Trinkwasser und abgefüllte Wässer“).

Die Gutachten über die durchgeführten Untersuchungen sind dem Landeshauptmann als zuständige Behörde zu übermitteln. Die Trinkwasseruntersuchungsergebnisse sollten durch den beauftragten Untersuchungsberechtigten direkt in die amtliche Wasser-

wirtschaftsdatenbank bei der Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Tiroler Landesregierung übertragen werden. Die Untersucher sind dafür ausgerüstet, die Daten digital zu übermitteln.

Die Durchführung der Beprobung hat gemäß Anhang II der TWV (Mindesthäufigkeit, erforderliche Probenzahl) zu erfolgen. Bei der jährlichen Probenahme ist auch die Überprüfung der Wasserversorgungsanlage (Lokalausweis, einschließlich der Wasserspende mit Fassungszone) vorzunehmen. Der Untersuchungsumfang hat die Parameter des Anhangs I der TWV zu umfassen, soweit diese nicht durch Bescheide des Landeshauptmannes reduziert wurden.

Für wasserfachliche Fragen steht Ihnen Herr Dipl.-Ing. Johannes Pinzer unter der Tel.-Nr. 0512/508-4215 bzw. E-Mail: johannes.pinzer@tirol.gv.at – Abteilung Wasserwirtschaft zur Verfügung.

Weiters werden die Gemeinden ersucht, die sonstigen Betreiber von Wasserversorgungsanlagen im Gemeindegebiet, insbesondere Wassergenossenschaften, über die Untersuchungspflicht und die Vorlage der Gutachten zu informieren, da die Gemeinde aufgrund des örtlichen Nahebezuges in vielen Fällen erster Ansprechpartner ist.

VERBRAUCHERPREISINDEX FÜR DEZEMBER 2007

(vorläufiges Ergebnis)

| | November 2007 (endgültig) | Dezember 2007 (vorläufig) |
|---|------------------------------|------------------------------|
| Index der Verbraucherpreise 2005 | | |
| Basis: Durchschnitt 2000 = 100 | 104,9 | 105,7 |
| Index der Verbraucherpreise 2000 | | |
| Basis: Durchschnitt 2000 = 100 | 116,0 | 116,9 |
| Index der Verbraucherpreise 96 | | |
| Basis: Durchschnitt 1996 = 100 | 122,1 | 123,0 |
| Index der Verbraucherpreise 86 | | |
| Basis: Durchschnitt 1986 = 100 | 159,7 | 160,9 |
| Index der Verbraucherpreise 76 | | |
| Basis: Durchschnitt 1976 = 100 | 248,2 | 250,1 |
| Index der Verbraucherpreise 66 | | |
| Basis: Durchschnitt 1966 = 100 | 435,5 | 438,9 |
| Index der Verbraucherpreise I | | |
| Basis: Durchschnitt 1958 = 100 | 554,9 | 559,2 |
| Index der Verbraucherpreise II | | |
| Basis: Durchschnitt 1958 = 100 | 556,7 | 560,9 |

Der Index der Verbraucherpreise 2005 (Basis: Durchschnitt 2005 = 100) für den Kalendermonat Dezember 2007 beträgt 105,7 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für November 2007 um 0,8% gestiegen (November 2007 gegenüber Oktober 2007: + 0,5%). Gegenüber Dezember 2006 ergibt sich eine Steigerung um 3,6% (November 2007/2006: + 3,1%).

**Erscheinungsort Innsbruck
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

MEDIENINHABER (VERLEGER):
Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Helmut Praxmarer

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck